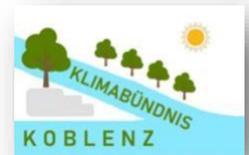


KOBLENZER KOMMUNALWAHL 2024

FRAGEBOGEN ZUR KOMMUNALEN KLIMASCHUTZPOLITIK DER PARTEIEN



Antworten von Dr. Dr. Reinhard Kallenbach, Kandidat FREIE WÄHLER (ich spreche weder für die Partei noch für die ganze Fraktion, sondern als Bewerber)

Allgemein | Grundsätzliches

1. Was plant Ihre Partei, damit der Klimaschutz zum wichtigsten Thema in Koblenz wird?

a. Welche Bedeutung messen Sie dem Klimaschutz bei?

Ich denke, die Themen Klimaschutz und Umweltschutz sind mittlerweile bei allen Parteien angekommen, was auch die Parteiprogramme widerspiegeln. Ich persönlich bin aber der Auffassung, dass man wie früher lieber den Begriff mit den Begriffen Energieeffizienz und Umweltschutz arbeiten sollte. Das ist ganzheitlicher, weniger emotional belastet und vor allem auf lokaler Ebene hilfreicher.

Auf der überregionalen Ebene wird die Debatte mitunter sehr ideologisch und unversöhnlich geführt. Mit Polarisierungen kommen wir weder in der Stadt Koblenz noch in der Region Koblenz-Mittelrhein weiter. Dass wir Handlungsbedarf haben, wird niemand ernsthaft abstreiten.

b. Mit welchen Hindernissen, Risiken und Herausforderungen rechnen Sie?

Die Frage ist sehr allgemein, ihre Beantwortung würde wohl den ganzen Abend in Anspruch nehmen. Deswegen beschränke ich mich auf die kommunale Ebene. Hier sind Verbesserungen in erster Linie eine Frage der Stadtentwicklung und des Städtebaus. Leider geben letztendlich die Investoren den Takt vor. Das Ergebnis sind schräge Kompromisse, die man leider in Koblenz reichlich sehen kann.

c. Wie wollen Sie damit umgehen?

Man kann in den Gremien und bei Bürgerversammlungen nur immer wieder darauf hinweisen, dass es so nicht gehen kann – frei nach dem Motto „steter Tropfen“ höhlt den Stein. Leider knicken Verwaltung und Politik infolge der Finanzmisere letztendlich immer wieder vor den Investoren ein. Zentralplatz und Gerichtszentrum sind Mahnmale. Und auch mit dem Projekt „Garten Herlet“ bin ich persönlich nicht glücklich. Meine persönliche Meinung: Hier haben sich weite Teile der Kommunalpolitik nicht gerade mit Ruhm bekleckert.

2. Wie sieht die Strategie Ihrer Partei für Ihre Klimaschutzziele aus?

a. Mit welchen konkreten 3 Schwerpunkten in diesem Themenbereich würden Sie nach einer erfolgreichen Wahl als erstes starten?

Grundsätzlich sind wir uns alle darin einig, dass wir in Sachen Bau, Verkehr und Energieversorgung noch einiges tun müssen. Generell muss man feststellen, dass ein Bewusstseinswandel stattgefunden hat, der bereits bei den Vorbereitungen zur Bundesgartenschau 2011 deutlich zu spüren war. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER in Koblenz ist es vor allem wichtig, den Individualverkehr nicht zu verdammen. Koblenz ist in den späten 50er- und 60er-Jahren autogerecht geplant worden. Das kann man nicht von heute auf Morgen ändern. Radikalkonzepte halten wir für nicht zielführend, sie sorgen allgemein nur für Unmut. Man muss so realistisch sein und einsehen, dass es am Ende nur über Kompromissfindung und Gespräche führen. Was es bringt, wenn ortsfremde Büros die Verkehrs-Rahmenplanung machen, sehen wir tagtäglich rund um den Zentralplatz. Das war gelinde gesagt nichts – vor allem aus der Radfahrerperspektive.

Bei aller Kritik muss man aber auch sagen, dass vieles inzwischen gut läuft. Stichwort: Photovoltaik auf den Dächern. Wir sollten in der Debatte aber weniger um den Klimaschutz, sondern vielmehr um den Aspekt der Selbstversorgung sprechen. Wir brauchen mehr möglichst autarke, dezentrale Lösungen – gerade in Zeiten der fragiler werdenden globalen Versorgungsketten. Allerdings sollte man so ehrlich sein und sagen, dass das im privaten Sektor funktionieren kann, energieintensive Betriebe bleiben auf konventionelle Energieträger angewiesen.

In Sachen Fassadenbegrünung könnte sich eindeutig mehr tun. In Koblenz gibt es meines Wissens bislang nur zwei prominente Beispiele.

b. Wie wollen Sie die darin enthaltenen Ziele erreichen?

Eine schwierige Frage. Es gibt immer noch Recht und Gesetz. Und es gibt die Landesbauordnung. Viele Entscheidungen liegen im Landesrecht begründet. Was wir als FREIE WÄHLER in Koblenz tun können, ist, unsere Parlamentarier in Mainz sensibilisieren, damit sie entsprechende parlamentarische Initiativen starten. Wir haben den Vorteil, dass unser Fraktionsvorsitzender im Stadtrat, Stephan Wefelscheid, auch Mitglied des Landtags ist. Aber es gibt Grenzen. Die kommunal- und landespolitische Arbeit ist streng getrennt. Die Themen müssen also eine landesweite Relevanz haben, womit wir wieder beim Thema Landesbauordnung sind. So kommen die Stellplatzvorgaben nicht von ungefähr, was wiederum ökologischen Bauprojekten im Wege stehen kann.

c. Wie könnte der Zeitplan dafür aussehen?

Generelle Zeitpläne sind unrealistisch – und ich werde mich hüten, einen Zeitrahmen zu fordern, der komplett unrealistisch ist. Und: Man muss immer damit rechnen, dass Anwälte immer etwas finden – vor allem dann, wenn Investoren oder auch Projektgegnern etwas nicht passt. Auch das führt zu Verzögerungen.

3. Welche konkreten operativen Möglichkeiten sieht Ihre Partei für die direkte Beteiligung der Bürgerschaft?

a. Wie werden Sie den Bürgern Ihre Vorstellungen, Planungen und Projekte anschaulich nahebringen?

Ich denke, dass die FREIEN WÄHLER in Sachen Presse- und Medienarbeit sehr aktiv und auch sehr gut ansprechbar sind. Ich nenne exemplarisch auch unseren Vorstellungabend im DRK-Haus der Begegnung im Vorfeld der Wahl des Baudezernenten. Ich denke, die Veranstaltung hat gezeigt, dass es uns nicht darum geht, jemanden bloßzustellen und in eine Ecke zu drängen. Am Ende geht es doch immer um Kompromisse und pragmatische Lösungen. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir weiterhin solche „Sonderformate“ anbieten, weil das Bürgerinteresse sehr groß ist. Man kann auf diese Weise auch Druck für mehr direkte Bürgerbeteiligung erzeugen.

Wie erfassen Sie die Meinungen, Wünsche und Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu den Klimathemen?

Ich kann natürlich nicht für alle Parteikollegen sprechen. Aber grundsätzlich ist es so, dass wir themenbezogen grundsätzlich immer ansprechbar sind und auch viele Ortstermine absolvieren. Wenn die Chancen realistisch sind, werden wir entsprechende Initiativen im Stadtparlament starten und der Verwaltung auf den Zahn fühlen.

Was mich betrifft: Ich werde keinen klassischen Wahlkampf machen, sondern drei Bürgersprechstunden anbieten, die Themen bündeln und für die weitere Arbeit einzuordnen.

b. Wie können Ehrenamtler•innen (lokale Initiativen, NGOs, etc.) stärker in politische Entscheidungsprozesse vorbereitend einbezogen werden?

Wenn man auf die Entwicklungen der vergangenen Jahre schaut, kann man nicht behaupten, dass in Sachen Einbindung dieser Gruppen zu wenig getan wird. Grundsätzlich bin ich dennoch kein Freund davon, Parallelstrukturen im Rahmen von Beiräten und sonstigen Plauderrunden aufzubauen. Rein rechtlich ist es doch jetzt schon so, dass Bürger und Initiativen schon in frühen Planungsphasen die Möglichkeit haben, Anregungen und Bedenken einzubringen. Der Kampf um den Erhalt der Seilbahn hat doch gezeigt, dass auch Bürgerinitiativen einiges erreichen können, wenn sie sich früh genug kümmern und ein allgemeines Interesse im Vordergrund steht.

Zur Wahrheit gehört doch, und das sage ich vor dem Hintergrund meiner Erfahrung aus 30 Jahren kommunaler Berichterstattung, dass Bürger sehr oft erst dann aufwachen, wenn der Prozess sehr weit fortgeschritten ist und es kaum noch möglich ist, Änderungen herbeizuführen. Prominentes Beispiel: Garten Herlet. Allerdings muss man auch sagen, dass Vorschläge sehr oft „abgewatscht“ werden. Ich erinnere noch mal an das Beispiel Zentralplatz: Hier war das Bürgerinteresse von Anfang an groß – entsprechend war der Widerstand. Am Ende wurden Kritiker arrogant abgefertigt. Ich war damals quasi live dabei. Als seinerzeit zuständiger Redakteur bei der RZ habe ich gemeinsam mit meinem Kollegen Ingo Schneider, dem jetzigen Kulturdezernenten, die Planungen sehr kritisch begleitet. Ohne Erfolg. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass die Wurzeln der Partei FREIE WÄHLER auf Stadtebene in der damaligen Bürgerinitiative Zentralplatz liegen.

Verkehr

Der Stadtrat hat mit dem Masterplan Koblenz sowie mit dem Verkehrsentwicklungsplan einstimmig beschlossen, den Pkw-Druck in der Innenstadt zu verringern.

- a. **Unterstützen Sie das Ziel einer weitestgehend autofreien Innenstadt? Mit welchen Schritten könnten Sie sich diesem Anspruch nähern?**

Wenn Sie mich privat fragen, hätte ich als Radfahrer, der sein Auto im kommenden Jahr definitiv abschaffen wird, mit einer autofreien Innenstadt keine Probleme. Beim Blick aufs Ganze muss man jedoch realistisch bleiben. Koblenz ist eine Einpendlerstadt, die meisten Leute, die in der Innenstadt einkaufen wollen, kommen aus der Region. Und viele würden am liebsten mit ihrem Auto direkt in die Geschäfte reinfahren. Das Totschlagargument „Sonst fahre ich nach Mülheim-Kärlich“ haben sicherlich alle schon einmal gehört. Die Wahrheit ist also wie so oft ein Kompromiss. Ich habe es bereits angedeutet: Das „neue“ Koblenz wurde leider als Autofahrerstadt konzipiert, das lässt sich weder kurz- noch mittelfristig ändern. Straßen sind auch Lebensadern. Deswegen sehen wir die Überlegungen, die Obere Löhrl autofrei zu gestalten, sehr kritisch. Die wichtigsten Verkehrs- und Erschließungsachsen müssen mit Blick aufs Ganze erhalten bleiben – auch wenn es einem persönlich nicht passt.

- b. **Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen
... um in Koblenz auch den im Landesnahverkehrsgesetz (NVG RP) vorgesehenen Vorrang des ÖPNV herzustellen und
... um den ÖPNV zuverlässiger – Anschlusssicherheit an den Umsteigepunkten – zu gestalten sowie auf seinen Linienwegen entsprechend zu beschleunigen?**

Ich denke, gerade in diesem Punkt ist in den vergangenen Jahren einiges passiert – und am Ende waren sich die Entscheider auch grundsätzlich einig. Gerade in Sachen ÖPNV. Ich bin überzeugt: Wir brauchen vorerst keine neuen Maßnahmen, sondern wir müssen dafür sorgen, dass das Bestehende reibungslos funktioniert und das bereits Geplante realisiert wird.

Bei aller berechtigter Kritik in Richtung, Koblenz, Mainz und Berlin: Das 49-Euro-Ticket war ein großer Wurf, als Berufspendler profitiere auch ich davon. Mit Blick auf Koblenz sage ich: Die Verbesserung des Linienangebotes ist nun mal Fakt. Noch mehr zu fordern, scheitert an den wirtschaftlichen Realitäten. Mit Blick auf das Umland und die Außenstadtteile muss man auch sagen: Die neuen Angebote werden nicht immer so angenommen, wie es sein sollte.

In Sachen Taktung ist es schwierig, als Außenstehender etwas zu sagen. Dafür gibt es in den Verkehrsunternehmen eigene Abteilungen. Die Planungen sind sehr komplex. Was mir jedoch auffällt: Schon jetzt stehen die Fahrer unter einem hohen Zeitdruck. Mir fehlt da die Fantasie, um da weitere Beschleunigungsmöglichkeiten zu sehen. Die Taktung ist teilweise so dicht, dass schon eine kleines unvorhersehbares Ereignis Nachteile für die Fahrgäste in Form von Kettenreaktionen bringen kann. Gerade mit Blick auf die Bahn sehe ich das mehrmals wöchentlich. Sprechen Sie mal mit den Leuten im Koblenzer Stellwerk. Das System ist heute schon so dicht, dass die Verspätung eines Zuges bundesweite Folgen haben kann. Als Kommunalpolitiker kann man nicht mehr tun als nachfragen, woran es liegt – und gegebenenfalls nachbohren und die Gründe kommunizieren. Man kann aber nicht für Anschlusssicherheit sorgen. Wir sind ehrenamtlich tätig und können keine Wunder vollbringen.

Mit Blick auf Halte- und Umsteigepunkte muss man aber zugeben: Die Planungs- und Vorbereitungszeiten sind viel zu lang, ebenso der Weg, um eine Finanzierung auf die Beine zu stellen. Der ÖPNV hängt auch mit den landes- und bundespolitischen Realitäten zusammen. So wird in Koblenz über innerstädtische Bahnhaltepunkte mit Schnittstellen zum Bus- und Individualverkehr bereits gesprochen, seitdem ich im Beruf bin. Und jetzt? Bislang gibt es nur den seinerzeit umstrittenen Schienenhaltepunkt Mitte zusätzlich. Und wir können uns Hoffnung machen, dass es mittelfristig im Raental einen weiteren Haltepunkt gibt. Alle anderen Wünsche sind klar formuliert, aber mit Blick auf die Umsetzung bin ich kein Hellseher. Dazu kommt, dass auch außerhalb der Stadtgrenzen P&R-Angebote geschaffen werden können. Bis jetzt zeigt die Praxis jedoch, dass P&R sehr ungern angenommen wird und sich Pendel-Services nur in Ausnahmefällen lohnen. Stichwort: Sporthalle Oberwerth.

- c. **Die Situation auf der Balduinbrücke ist für Verkehrsteilnehmende ob des engen Querschnitts konfliktreich und oft gefährlich. Unterstützen Sie eine grundlegende Verbesserung wie bspw. die Belassung des Rad- und Busverkehrs bei Herausnahme des gesamten MIV oder bei einer 1:0-Wechselverkehrsführung für den MIV: vormittags nur stadteinwärts und nachmittags stadtauswärts?**

Trotz Europabrücke ist die Balduinbrücke mit Blick aufs Ganze die zentrale Verbindungsachse Zwischen der Innenstadt und Lützel sowie den anschließenden Stadtteilen. Deswegen ist es für mich unrealistisch, die Balduinbrücke für den MIV zu sperren. Ich befürchte auch, dass Einbahnregelungen, die sich je nach Tageszeit ändern, mehr Verwirrung als Nutzen bringen werden. Man sollte auch bedenken, dass die Balduinbrücke die Verbindung zu den Innerstädtischen Verkehrsachsen herstellt. Was helfen könnte, wären bauliche Maßnahmen, die mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer bringen. Aus heutiger Sicht ist es durchaus berechtigt, Sanierung und Umbau der Brücke, die 2013 erfolgten, als fehlerhaft zu bezeichnen. Man hätte damals schon berücksichtigen müssen, dass man den Radverkehr nicht so führen kann. Der Fahrradstreifen stadteinwärts ist zu schmal und wirklich lebensgefährlich, weil Autofahrer und Busse bei Gegenverkehr nach rechts ausweichen. Dieser Streifen muss weg. Dafür brauchen wir auf der Gegenseite eine zweispurige Lösung, die baulich vom Fußgängerbereich getrennt ist. Diese neue Spur muss natürlich auch entsprechend angebunden sein. Das wird nicht einfach, aber ich denke, mit ein wenig gutem Willen ist das lösbar. Außerdem brauchen wir mehr Aufsicht – gerade mit Blick auf die Fußgängerrampe zum Schüllerplatz, die trotz klarer Kennzeichnung und Sperren von Fahrradfahrern missbraucht wird.

- d. **Unterstützen Sie für ein möglichst sicheres, rasches und komfortables Vorankommen soweit möglich die Trennung von Fußverkehr, Radverkehr, Autoverkehr und ÖPNV, um das Konfliktpotential zwischen den unterschiedlichen Verkehrsarten zu reduzieren?**

Grundsätzlich muss ich sagen, dass trotz der vielen baulichen Maßnahmen das Radfahren in Koblenz gefühlt nicht sicherer geworden ist. Man könnte fast zu den Eindruck kommen, das Busfahrer „Abschussprämien“ für Radfahrer bekommen. Und: Gerade im Haltestellenbereich sind neue Gefahrenpunkte entstanden, die es vorher nicht gegeben hat. Stichworte: Hohenfelder Straße und Trierer Straße. Auch wurde es versäumt, durch klare Kennzeichnung und Markierungen Gefahrenpunkte zu entschärfen. Stichworte: Peter-Altmeier-Ufer und Saarkreisel. Prestigeträchtiger Neubaumaßnahmen bedarf es nicht. Der Sinn der Fahrradstraße in der Casinostraße erschließt sich mir immer noch nicht. Das hat eigentlich auch ohne funktioniert.

Wir brauchen grundsätzlich keine aufwendigen Baumaßnahmen, sondern die Entschärfung von Gefahrenpunkten. Das dauert alles viel zu lang. Es hat Jahre gedauert, bis in der Charlottenstraße/Obertal in Ehrenbreitstein stadteinwärts eine Linksabbiegespur für Radler markiert wurde. Man hat über Jahre billigend in Kauf genommen, dass etwas Schlimmes passiert, obwohl der Druck aus der Kommunalpolitik da war.

Ein anderes Beispiel: Es kann doch nicht sein, dass man in Metternich die alten Radwege entwidmet und Fahrradfahrer auf frisch markierte Strecken der Fahrbahn jagt, die mit Spurrillen gespickt sind. Das ist suboptimal und bei Regen gefährlich. Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass Fahrradfahrer auf die Straße gehören. Dann sollten aber die markierten Streifen so angelegt sein, dass sie keine Gefährdungspotenziale schaffen. Ich denke, da gehen auch die Parteikollegen konform. Eine Forderung der FREIEN WÄHLER in Koblenz ist es ja, die ganze Fahrradplanung noch einmal auf den Prüfstand zu stellen.

Energie

- a. **Wie werden Sie Ihren Einfluss auf die Gesellschaften und Eigenbetriebe der Stadt Koblenz (z.B. evm AG) mit Priorität auf die Gewinnung erneuerbarer Energien (Solarthermie, PV-Anlagen, Geothermie, Fluss- und Abwasserwärme, Windkraftanlagen etc.) und/oder die Verminderung von Treibhausgasemissionen ausüben?**

Grundsätzlich: Wir als FREIE WÄHLER sind gegen überzogene Privatisierungen und das „Verramschen“ von Infrastruktur, die im Grunde über viele Jahre hinweg von den Bürgern durch ihre Steuern und Beiträge aufgebaut werden. Und genau das ist unser Hebel (wir sind ja auch in den Aufsichtsgremien vertreten), weil wir davon ausgehen, dass kommunale Unternehmen, in denen es um mehr geht als um Gewinnmaximierung um jeden Preis, sich mehr Gedanken um die Zukunftssicherung machen. Das kommunale System hat sich auch mit Blick auf die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung bestens bewährt.

Bei der Energieversorgung ähnlich ist das ganz ähnlich. Allerdings muss man dabei auch einräumen, dass sehr früh Entscheidungen getroffen wurden, die sich auf lange Sicht als nachteilig erwiesen haben. So hat man sich vom System der dezentralen Energieversorgung bereits vor dem Ersten Weltkrieg verabschiedet. Ergebnis: Kommunale Versorger sind heute in der Regel reine Netzbetreiber und „Vertriebler“. Für viele Unternehmen gilt, dass sie entweder nur geringfügig oder sogar gar nicht produzieren. Das Problem wurde bereits in den 1990er-Jahren erkannt, die damalige Kevag hat versucht, den Mangel durch Beteiligungen an Unternehmen zu lösen. Stichwort: Windkraft und Biomasse. Das heißt: In Koblenz gibt es eine lange Vorgeschichte, was nicht heißt, dass alles den erhofften Erfolg brachte. Stichwort: Power to Gas. Der Ansatz, mit Ökostrom Gas zu erzeugen und dann durch die bestehenden Erdgasnetze zu leiten, klingt zwar verführerisch, ist aber meines Wissens angesichts der immer noch nicht zufriedenstellend gelösten Wirkkraftprobleme an der Realität gescheitert – zumindest vorläufig.

Bleiben also Windkraft, Solar, Fluss- und Abwasserwärme. Wer an den jüngsten Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität teilgenommen hat, weiß, dass es in Koblenz kaum Flächen gibt, auf denen moderne Windkraftanlagen aufgestellt werden können. Anders der Bereich Solar. Solarthermie für die Warmwasserbereitung ist ja bereits seit den 1990er-Jahren Standard, Fotovoltaik wird aufgebaut, wo man es machen kann – zum

Beispiel auf Flachdächern, im großen Umfang auch bei öffentlichen Gebäuden und im gewerblichen Bereich. Gerade im innerstädtischen Bereich gibt es aber auch gestalterische Probleme und das nicht nur bei denkmalgeschützten Gebäuden. Aus meiner Sicht müsste es spezielle Förderungen für die Systeme geben, die Fotovoltaik in Dachziegeln integrieren. Bei allem Druck sollte man Fragen der Ästhetik nicht vergessen. Wir haben in der Stadt schon genug Architektur, die im wahrsten Sinne des Wortes krankmacht.

Ein Wort zur Geothermie. Das wird heute bei fast allen Bauvorhaben geprüft – und wenn es technisch möglich ist und sich rechnet, wird es gemacht, auch im Wohnungsbau. Bleiben noch Fernwärme sowie die Fluss- und Abwasserwärme. Meines Wissens wird an beiden Varianten auch in Koblenz gearbeitet.

Mir ist wichtig: Eine neue dezentrale Energieversorgung ist vor allem Frage des wirtschaftlichen Überlebens. Einen CO₂-Ablasshandel, an dem letztendlich nur größtenwahnsinnige Milliardäre profitieren, lehne ich ab. Es sollte das Verursacherprinzip gelten, von dem man sich nicht freikaufen kann. Und: Wir dürfen bestehende Abhängigkeiten nicht durch neue ersetzen. Auch deshalb teile ich die Wasserstoff-Euphorie nur bedingt. Das heißt aber nicht, dass wir nicht am Thema dranbleiben sollten. Ganz im Gegenteil. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Haltung der FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion zum Thema Wasserstoff.

- b. **Bis zu welchem Zeitpunkt sollte Ihrer Einschätzung nach die energetische Sanierung der kommunalen Gebäude fertig gestellt sein?
Wie werden Sie Bevölkerung und Wirtschaft dabei unterstützen, Gebäude energetisch zu sanieren und erneuerbare Energien zu produzieren?**

Ich sage es noch mal: Es ist doch alles eine Frage der Finanzierung. Wir können doch keinen Haushalt nach irgendwelchen Traumvorstellungen zaubern. Dazu kommt, dass bei Sanierungen der jüngeren Vergangenheit auch viele Fehler gemacht wurden. Deswegen sind Zeitpläne unrealistisch. Mit Blick auf die kommenden Kommunalwahlen könnte ich jetzt sagen „Wählt uns, und wir erledigen das alles in fünf Jahren“. Das wäre nicht nur vermessen, sondern in hohem Grade unseriös. Auch können wir keine Zuschüsse herbeizaubern, sondern nur auf bestehende Fördermöglichkeiten verweisen. Auch reichen aus unserer Sicht die bestehenden Beratungsangebote aus. Man muss sie nur nutzen. Etwas mehr Werbung wäre allerdings sehr nützlich.

Wir können schon allein mit Blick auf die Realitäten Beratungs- und Förderprogramme nicht inflationieren, wir müssen Schwerpunkte setzen. Ein solcher ist zum Beispiel nicht nur ein energetischer, sondern auch ästhetisch sinnvoller Stadtumbau. Wenn man mit offenen Augen durch die Stadt geht, sieht man doch, dass viele Baumaßnahmen der jüngeren Vergangenheit Verschlimmbesserungen und visuelle Umweltverschmutzung waren und sind. Wir können nicht Probleme lösen, indem wir neue Probleme schaffen.

Ernährung

Die Außer-Haus-Verpflegung (Schulen, Kitas, Krankenhäuser etc.) hat ein großes Potential. Viele Menschen achten auf eine klimabewusste und global gerechte Ernährungsweise. Ein höchst wichtiger Beitrag ist das zunehmende Angebot einer pflanzenbasierten, fleischarmen Kost.

- a. **Werden Sie sich dafür stark machen, dass bei kommunalen Verpflegungsangeboten, wie für Kitas, Schulen, Krankenhäusern und weiteren Verpflegungseinrichtungen, der Anteil an fair gehandelten sowie regionalen Produkten und Biolebensmitteln - analog zum Öko-Aktionsplan Rheinland-Pfalz - verpflichtend auf 30 %, bezogen auf den Gesamtwareneinsatz eines vierwöchigen Speiseplans, erhöht wird? Wenn ja, wie setzen Sie dies um?**

Ich bin ein Freund von Fleischern, Bäckern und Konditoren. Ich bin keiner, der anderen in die Kochtöpfe schaut und ihnen vorschreibt, was sie essen sollen, und frage mich: Wollen wir wirklich eine Planwirtschaft, die in alle Lebensbereiche eingreift? Übrigens: Am Ende entscheiden doch die Etats in den Einrichtungen, was machbar ist und was nicht. Ich halte wenig von zentralen planwirtschaftlichen Vorgaben. Schon jetzt ist der Dokumentations- und Regulierungswahn in vielen Einrichtungen ein echter Motivationskiller. Dabei sind dort in der Regel gestandene Fachkräfte sind, die wissen, was ernährungswissenschaftlich sinnvoll ist und was nicht. Sollte das nicht so sein, sind Verbesserungen Aufgabe der Akteure am Ort. Mein Fazit: Empfehlungen sind ok, aber es bringt wenig, Einrichtungen von außen etwas überzustülpen, was am Ende nur für allgemeine Unzufriedenheit sorgt.

- b. **Wie erreichen Sie einen hohen Anteil an pflanzenbasierten, fleischarmen Essen?**

Das ist eine Suggestivfrage die impliziert, dass pflanzenbasierte Ernährung grundsätzlich besser ist. Die Frage ist doch vielmehr, wie Ernährung aussehen muss, damit es keine Mangelercheinungen (zum Beispiel Vitamin-B-Mangel) gibt. Das ist auch bei Kindern und Jugendlichen wichtig. Es braucht Ausgewogenheit und Abwechslung, was nicht heißt, dass es jeden Tag Fleisch geben muss. Und am Ende wird es um die Frage gehen, wer bereit ist, die Aufschläge zu bezahlen.

- c. **Setzen Sie sich dafür ein, eine zuständige Stelle für das Thema ‚Nachhaltige Ernährung in der Stadt Koblenz‘ zu schaffen, die u.a. eine kommunale Ernährungsstrategie erarbeitet?**

Noch eine Stelle? Noch mehr Beratung vor ideologischem Hintergrund? Es kann doch nicht sein, dass mit Blick auf die allgemeine Finanzlage ernsthaft an eine solche Stelle gedacht wird. Das Geld soll lieber dort eingesetzt werden, wo eine Abwanderung von Fachkräften droht, zum Beispiel in der Bauverwaltung. Anstatt ständig Vorgaben zu schaffen und die Leute mit Strategien zu gängeln, sollte man über attraktive Projekte nachdenken. Wir brauchen das Rad dabei nicht neu zu erfinden, sondern können uns bei anderen umschauchen. Wir müssen dafür noch nicht einmal weit fahren. Ein Ausflug nach Andernach reicht schon. Die „essbare Stadt“ ist meines Wissens ein voller Erfolg.

- d. **Mit welchen Maßnahmen möchten Sie regionale Wertschöpfungsketten für Lebensmittel stärken?**

Eine spannende Frage. Die jüngsten landwirtschaftlichen Debatten zeigen doch, dass die Kräfte, die immer über Nachhaltigkeit und Wertschöpfungsketten sprechen, in der Praxis alles tun, um die Landwirtschaft zu schwächen. Ergebnis: Der Eigenversorgungsanteil sinkt, der Exportanteil nimmt zu. Es kann doch nicht sein, dass man für die Aufgabe landwirtschaftlicher Flächen auch noch subventioniert wird und Lücken über Freihandelsabkommen gefüllt werden, indem man Lebensmittel aus aller Welt importiert. Die tatsächlichen Herausforderungen liegen also jenseits der Kommunalpolitik. Schlagworte wie Bio und Regionalität helfen da wenig weiter.

Letztendlich läuft alles über den Preis. Es kommt doch nicht von ungefähr, dass es so schwierig ist, in der Koblenzer Innenstadt einen echten Wochenmarkt zu installieren. In Sachen Flächen und Marketing kann die Stadt gute Rahmenbedingungen schaffen. Ein Lichtblick ist, dass die Märkte in Güls und Ehrenbreitstein gut funktioniert. Letztendlich stimmen die Kunden mit den Füßen ab, weil sie mit dem Cent rechnen müssen. Aus kommunaler Sicht kann man nicht alles nach Belieben steuern.

Klimaschutz und Klimaanpassung

- a. **Unser Waldökosystem ist ein hauptsächlicher Schutzfaktor in unserer kommunalen Klimapolitik (Kohlenstoffspeicher, Wasserspeicher, Artenschutz). Werden Sie die neue ökologische Waldzertifizierung unterstützen und die nationalen und europäischen Waldschutzgebiete dauerhaft sichern?**

Der Schutz der Wälder gehört zur DNA der FREIEN WÄHLER. Man muss aber so ehrlich sein zu sagen, dass unsere Wälder in erster Linie Wirtschaftswälder und erst dann Naherholungsräume sind. Sie sind keine Spielorte für rücksichtlose Individualisten. Es liegt doch in der Natur der Sache, dass man sich um den Erhalt des Bestandes kümmern muss. Wir erleben ja gerade, wie die Forstverwaltung daran arbeitet, neue Aufforstungskonzepte zu erarbeiten und auch Probeschonungen für Baumarten anlegt, die mit Wärme und Trockenheit besser zurechtkommen. Wir brauchen also angewandte Forschung, um Kohlenstoff- und Wasserspeicher sowie den Artenschutz zu sichern. Und wenn Zertifizierungen dabei helfen, warum nicht? Ich bin kein Forstwissenschaftler. Wenn es soweit ist, muss man sich das im Einzelfall anschauen und die Fachleute anhören. Aus meiner Sicht es wichtig: Die Waldflächen, die wir haben, dürfen nicht dezimiert werden.

- b. **Bund und Land empfehlen Hitzeschutzkonzepte für alle kommunalen Einrichtungen bis 2025. Welche Maßnahmen für ein solches Hitzeschutzkonzept erachten Sie als vorrangig?**

Beim Blick auf „rote“ Wetterkarten haben wir ja schon seit einiger Zeit afrikanische Verhältnisse – und das schon ab 23 Grad. Wir sollten deshalb die wenig förderliche allgemeine Hysterie ignorieren und uns auf die hausgemachten Probleme konzentrieren, die vor allem auf einer – gelinde gesagt – verbesserungsbedürftiger Stadtplanung beruhen und deshalb auch kommunal gelöst werden können. Trotz besseren Wissens haben wir in der Stadt eine Zubetonierungswelle erlebt. Und mit Blick auf manchen trostlosen Platz ist es

schon fast ein Treppenwitz, dass Stadtplaner von Aufenthaltsqualität sprechen. Wo gibt es denn auf dem Zentralplatz eine solche Qualität? Wo gibt es diese Qualität in der Deinhard-Passage? Was hat man sich seinerzeit eigentlich bei der Neugestaltung der Schlossstraße gedacht? Koblenz ist voller „magischer Orte“, die bestenfalls geeignet sind, sich den „goldenen Schuss“ zu setzen. Wir brauchen Entsiegelung und mehr Grün. Auch mit Blick auf Bestehende und möglicherweise zu entwickelnde Neubaugebiete. Auch mit Blick auf die großen Straßen müssen wir umdenken. Ich sage da nichts Neues. In den Schubladen des Amtes für Stadtentwicklung und Bauordnung schlummert so mancher interessanter Vorschlag. Und es gibt einen Masterplan, über den nicht mehr gesprochen wird. Warum eigentlich?

Auch müssen wir bei Bauvorhaben künftig stärker auf mögliche Einflüsse auf das Mikroklima achten – und das nicht in Hanglagen, sondern auch mit Blick auf Freiflächen in Blockinnenbereichen oder bei Aufstockungen. Gutachten helfen da nur bedingt weiter. Man sollte auch auf Erfahrungen der Anlieger hören. Sonst wiederholen wir die Fehler des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Man kann auch zu Tode verdichten. Übrigens, das hat die Geschichte gezeigt, mit gravierenden gesundheitlichen Folgen.

- c. **Der Stadtrat hat am 24.03.2022 das Regenwassermanagementkonzept beschlossen. Mit welchen Maßnahmen / Projekten würden Sie beginnen? Wie wollen Sie Bevölkerung und Wirtschaft darin unterstützen, Entsiegelungsmaßnahmen vorzunehmen?**

Das Thema ist im Stadtentwässerungsausschuss gründlich vorbereitet worden. Die Prioritätenliste ergibt sich aus der wahrscheinlichsten Gefahrensituation und den damit verbundenen Zuschussmöglichkeiten. Es gibt also einen klaren Fahrplan. Davon abzuweichen, würde in den Bereich der freiwilligen Leistungen fallen – und die könnten von der Aufsichtsbehörde beanstandet werden. Ins Detail zu gehen, wäre an dieser Stelle zu umfangreich. Es sei aber angemerkt, dass der Eigenbetrieb Stadtentwässerung in den vergangenen Jahren Millionenbeträge in den Schutz vor Extremniederschlägen investiert hat – etwa durch den Bau von Rückhaltebecken im Zuge von Kanalisierungsarbeiten.

Es sei auch angemerkt, dass die Bürger in den Stadtteilen im Zuge der Vorbereitungen der Rahmenplanung eingebunden war. Es gab mehrere Infoveranstaltungen, die sehr gut angenommen wurde. Dabei wurde auch deutlich, dass auch die Bürger in der Pflicht sind, Grundstücke und Immobilien zu schützen – entweder durch kleine bauliche Maßnahmen oder Entsiegelung. Die Stadt kann nicht alles fördern, sie kann aber beraten. Und die Projekte bezahlen, die die allgemeine Sicherheit betreffen. Und das tut sich auch.

- d. **Werden Sie Biodiversität in der Stadt (Grünflächen, Baumbestände, Bebauung) und grundsätzlich Lebensräume und Habitate erhalten und fördern? Welche Maßnahmen schlagen Sie hierzu vor?**

Ich denke, aus stadtplanerischer Sicht habe ich alles dazu gesagt. Aus meiner Sicht eine Doppelung.

e. Wie werden Sie der regionalen Wirtschaft helfen, klimaneutral zu werden?

Das kann man doch gar nicht pauschal sagen. Es hängt doch ganz von den Betriebsgrößen und den Tätigkeitsfeldern ab. Was wir auf jeden Fall tun können, ist die Akteure anhören und schauen, wo wir vermitteln können. Aber: Auch in diesem Bereich hat vieles nicht nur eine landespolitische, sondern auch eine bundes- und europaweite Dimension. Man denke nur an das Ziel von Thyssen-Krupp Rasselstein in Andernach. Der Umbau zum „grünen“ Produktionsbetrieb ist ein Milliardenprojekt.

f. Wie könnte die Koblenzer Klimaschutzkommission Ihrer Ansicht nach so verändert werden, dass sie effektiver arbeitet, etwa in Form sektoraler Arbeitsgruppen?

Wenn ich mich recht erinnere, war die Einrichtung der Kommission ein Politikum. Die Einrichtung war ja nicht unumstritten. Auch ich habe mich gefragt, ob es sinnvoller wäre, das Thema in den bestehenden Gremien einzubinden, allerdings mit der Forderung, die Einbindung von Experten und die Bürgerbeteiligung zu verbessern. Aber sei's drum. Ich bin nicht Mitglied dieser Kommission, kann also über deren Arbeit nicht urteilen. Aber aus dem Bauch heraus gesagt, finde ich es wenig sinnvoll, ein Gremium durch weitere Konstrukte zu entstellen oder aufzublähen. Wenn sich die „Bestandsmitglieder“ eine neue Organisationsform geben und dies ohne zusätzliche Akteure schaffen, können sie das natürlich tun. Das ist ihre Sache. Grundsätzlich weiß ich aus meiner beruflichen Erfahrung, dass man ein gutes Projekt schnell zerreden kann, wenn man zu viele Arbeitskreise und noch mehr Sitzungen macht. Man sollte also genau überlegen, was man tut. Was ich generell ablehne ist es, aus parteipolitische Erwägungen weitere Spielwiesen zu eröffnen.

Zur Person:

Reinhard Kallenbach, Jahrgang 1963, Promotionen in den Bereichen Geschichte des Städtebaus (Kaiserslautern) sowie Neuere und Neueste Geschichte, Infrastrukturgeschichte (Würzburg). Seit 1. Juni 2023 wissenschaftlicher Referent der FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion in Mainz für Gesundheit, Wissenschaft, Kultur und Landwirtschaft. Davor 34 Jahre lang Autor und Journalist mit Schwerpunkt Landesgeschichte, Denkmalpflege, Hochschulen und regionale Wirtschaft.